

**Wahlprogramm
zur Kommunalwahl 2016**

Beschluss der
Mitgliederversammlung
Friedberg v. 16.08.2015

**Für ein
solidarisches
Friedberg.**

DIE LINKE.

Gliederung

Inhaltsverzeichnis

1. Soziale Sicherung und Lebenschancen für alle	3
1.1 Wohnen muss bezahlbar sein – Mehr Wohnraumförderung in Friedberg.....	3
1.2 Asyl ist ein Menschenrecht – Willkommenskultur für Flüchtlinge.....	4
1.3 Leistungsfähige Kindertagesstätten - Investition in die Zukunft.....	4
1.4 Der Friedberg Sozialpass - Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle!.....	5
1.5 Kultur und Bildung: Fundament einer lebhaften und demokratischen Stadt	5
1.6 Für ein offenes JUZ – Selbstbestimmung verwirklichen.....	6
1.7 Jugend muss mitbestimmen: Demokratie lebt vom Mitmachen.....	7
1.8 Menschen mit Behinderungen: Respekt und Förderung für Benachteiligte.....	7
1.9 Selbstbestimmtes Leben im Alter: Senioren als Gewinn für die Gesellschaft....	8
2. Für ein demokratisches Friedberg – Bürger beteiligen!.....	10
2.1. Mitgestalten statt „verwaltet werden“: Transparente Gremien.....	10
2.2. Gewählte Vertreter stärken: Entmachtung der Stadtverordnetenversammlung verhindern.....	10
2.3 Politik zum Anfassen: „Demokratie von unten“ ausbauen.....	10
2.4 Bürgerhaushalt einführen - Denn es ist unser Geld.....	11
2.5 Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen – Gleichberechtigung realisieren.....	12
2.6 Faschismus aktiv entgegen treten.....	13
2.7 Migration – soziale Integration statt kultureller Anpassung.....	14
3. Zukunftsfähigkeit für Mensch und Umwelt in Friedberg.....	15
3.1 Finanzen: Spielräume für öffentliche Investition schaffen – zukunftsfähig entscheiden.....	15
3.2. Öffentliche Infrastruktur verteidigen – Privatisierung der Stadthalle verhindern	17
3.3. Fair einkaufen und gezielt fördern. Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen.....	18
3.4. Arbeit statt Verschwendung: Zukunftsfähiger Umgang mit Wasser und Energie.....	19
3.5. Stadtenwicklung im Sinne Aller. Wohnortnahe Versorgung sichern.....	20
3.6 Mobilität für alle BürgerInnen durch besseren ÖPNV	21
3.8 Die Kaiserstraße - für einen lebendigen Stadtkern.....	22
3.9. Das gemeinsame Oberzentrum: Friedberg vs Bad Nauheim	22

1. Soziale Sicherung und Lebenschancen für alle

1.1 Wohnen muss bezahlbar sein – Mehr Wohnraumförderung in Friedberg

Wer eine Wohnung sucht, kann froh sein für 7 € Kaltmiete je qm etwa passendes zu finden. Oft liegt der Mietpreis in Friedberg über diesem Satz. Auch 7 € pro Quadratmeter sind nicht günstig:

"Will eine Familie mit zwei Kindern eine bedarfsgerechte Wohnung mit 90 m² für 7 Euro/m² anmieten, fällt zunächst ein Kaltmietzins von 630 Euro an. Bei vier Personen ist mit monatlichen Nebenkosten von wenigstens 250 Euro zu rechnen. Das ergibt knapp 900 Euro. Wir wissen, dass im Durchschnitt ein Mieter ca. ein Drittel des Nettoeinkommens für Miete und Nebenkosten aufbringen muss. Das bedeutet, es sind 2700 Euro netto notwendig, was einem Bruttoeinkommen von ca. 4000 Euro entspricht, um mit dem restlichen Einkommen den Lebensunterhalt zu bestreiten." (Quelle: Mieterbund Friedberg)

In Friedberg fehlen zur Zeit mindestens 300 Sozialwohnungen. Auch für Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen ist es immer schwerer bezahlbare Wohnungen in Friedberg zu finden. Diesen Zustand werden wir nicht hinnehmen!

Es ist dringende Aufgabe der Stadt bezahlbare Wohnungen für alle zu schaffen. Dazu muss mehr öffentliche Wohnungsbau deutlich ausgeweitet werden. Es kann nicht sein, daß immer neue Baugebiete entstehen während die Anzahl der Sozialwohnungen in Friedberg stetig sinkt. Wohnen ist Menschenrecht.

Für die Errichtung öffentlich geförderter Wohnungen gibt es zwei mögliche Förderprogramme. Das Landesprogramm zur sozialen Wohnraumförderung (klassische Sozialwohnungen) und das Friedberger Programm zur Wohnraumförderung, das um 20 % höhere Einkommengrenzen vorsieht als das Landesprogramm. Wir treten dafür einen Mix aus beiden Programmen zu nutzen um der Wohnungsnot Herr zu werden. Dabei sehen wir sowohl die Friedberger Wohnungsbau als auch ortsansässige Genossenschaften sowie öffentliche Träger anderer Städte als gute Partner zum Bau der Wohnungen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Pro Jahr sollen in Friedberg mindestens 50 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Dies gilt, solange der Bedarf nach Sozialwohnungen größer ist als das Angebot.
- Die Stadt soll jährlich einen einfachen Mietspiegel für Friedberg ermitteln und auf der Internetseite vollständig veröffentlichen.
- Die Stadt soll jährlich veröffentlichen wie viele Haushalte in Friedberg einen Wohnberechtigungsschein haben und wie viele Sozialwohnungen demgegenüber bei öffentlichen Trägern verfügbar sind.
- Bei jedem Bebauungsplan mit Wohnbebauung soll dargelegt werden wie sich dieser auf den Mietwohnungsmarkt in Friedberg auswirkt und wie dem Ziel, ausreichend Wohnraum für alle zu schaffen damit gedient ist.
- Für Flüchtlinge sind ordentliche Wohnungen in gut integrierten Lagen zu schaffen. Wohncontainer auf der grünen Wiese können nur eine vorübergehende Notlösung sein.
- Eine Ghettoisierung von Flüchtlingen, MigrantInnen und einkommensschwachen Einwohnern muss verhindert werden. Geförderte Wohnungen sollen in integrierter Lage als Teil eines Bebauungskonzepts entstehen.
- Brachliegende Flächen im innerstädtischen Bereich, die zur Wohnbebauung geeignet sind dürfen nicht hingenommen werden. Kommen die Eigentümer solcher Grundstücke Ihrer Sozialverpflichtung gem. § 14 Abs x des GG nicht nach, so ist seitens der Stadt eine

Enteignung anzustreben.

1.2 Asyl ist ein Menschenrecht – Willkommenskultur für Flüchtlinge

Krieg und Konflikte haben die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstört. In ehemals funktionierenden Städten breiten sich Leid und Elend aus. Den nächsten Tag zu überleben, wieder etwas zu Essen zu haben und ein Dach über dem Kopf ist keine Selbstverständlichkeit, sondern reine Glückssache.

Die Bundesrepublik beteiligt sich direkt oder indirekt an vielen internationalen Konflikten. Aus den dadurch zerstörten Gebieten kommen auch Flüchtlinge nach Deutschland und nach Friedberg. Wir wollen daß diese Flüchtlinge hier menschenwürdig aufgenommen und behandelt werden.

Es ist unmenschlich daß Land und Bund die Kommunen nicht ausreichend unterstützen und nur einen Teil der notwendigsten Kosten übernehmen. Auch daß der Kreis seinen Zuschuß davon abhängig macht ob Kommunen eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit unterschreiben ist inakzeptabel.

Aber für diese Probleme tragen die Flüchtlinge nicht die Verantwortung. Sie versuchen nur Ihr Leben und, sofern noch möglich, das ihrer Familien zu retten. Dabei werden sie von ehrenamtlichen Kräften wie dem internationalen Zentrum und dem runden Tisch für Flüchtlinge unterstützt. Die Stadt sollte diese ehrenamtliche Arbeit nach Kräften unterstützen und wo geboten durch eigene Leistungen ergänzen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Für Flüchtlinge ist ausreichend Wohnraum in erschlossener Lage zu schaffen. Wohncontainer können nur eine Übergangslösung sein und dürfen nicht auf der grünen Wiese ausserhalb der Stadt entstehen.
- Es ist eine ausreichende Betreuung der Flüchtlinge sicherzustellen. Hier zu sind evtl. weitere Stellen im Stellenplan vorzusehen. Wir fordern einen Betreuungsschlüssel von mindestens 1 zu 80.
- Die ehrenamtliche Arbeit des runden Tisches soll von der Stadt deutlich stärker unterstützt werden. Dem runden Tisch sollen bei Bedarf Räume, Infrastruktur und Mittel bereitgestellt werden. Andere Städte sind bei der Zusammenarbeit deutlich besser aufgestellt als Friedberg.
- Der angestrebte Friedberg-Pass soll natürlich auch für Flüchtlinge gelten.

1.3 Leistungsfähige Kindertagesstätten - Investition in die Zukunft

Friedberg leistet mit seinen 11 Kindertagesstätten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der jüngsten BürgerInnen Friedbergs. Wir wollen daß möglichst viele Eltern in den Genuß dieser kommunalen Leistung kommen. Hierzu ist vor allem finansschwachen und berufstätigen Eltern ein besseres Angebot zu machen.

Den Ausbau der Betreuung für unter 3-Jährige in städtischen Kitas wollen wir weiter vorantreiben. Die Betreuung für Kinder vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr stellt eine elementare Pflichtleistung der Stadt dar und muß flächendeckend und ganztags für alle Eltern verfügbar sein.

Die Öffnungszeiten der städtischen Kitas erlauben Eltern leider nicht die Aufnahme einer Ganztagsbeschäftigung. So werden immer noch viele Elternteile, vor allem Frauen, in ungewollte Teilzeitbeschäftigung gedrängt. Solange die 30-Stunden Woche noch nicht die Regel ist, müssen die Öffnungszeiten der Kitas deutlich ausgeweitet werden.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Wir streben an die Gebührensatzung für die Kindertagesstätten so zu gestalten, daß einkommensschwache Familien von Gebührenerhebungen ausgenommen sind.

Längerfristig treten wir dafür ein, die städtischen Kindertagesstätten vom ersten Jahr an gebührenfrei zu gestalten.

- Die Öffnungszeiten der Kitas insbesondere in der Kernstadt müssen weiter ausgebaut werden, um der zunehmend geforderten Flexibilität für berufstätige Eltern gerecht zu werden. Die Möglichkeit einer durchgängigen Betreuung in der Zeit zwischen 6:30 und 19:00 Uhr ist dort zu gewährleisten.
- Die Förderung der Kitas von freien und sonstigen Trägern wollen wir davon abhängig machen, ob diese einen Sozialtarif in Ihrer Gebührenordnung verankert haben. Für Einrichtungen ohne Einkommenstaffelung bei den Gebühren soll es keine städt. Zuschüsse geben.
- Eine Förderung von Schulen in freier Trägerschaft lehnen wir ab.
- Wir setzen und dafür ein, die Betreuung vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr in städtischen Einrichtungen mit hohem Qualitätsstandard bereit zu stellen. Eine offene Ausschreibung von Kindertagesstätten lehnen wir ab. Wir halten dies aus Gründen der Qualitätssicherung und der Arbeitsbedingungen für nicht vertretbar.
- Die Einkommensgrenzen für die progressiven Kita-Beiträge sollten angehoben werden. Sie sind nicht mehr Zeitgemäß. Der Gesamtfinanzierungsanteil der Eltern soll dabei gleich bleiben.
- Wir fordern die Erstattung von Verpflegungsentgelt und Pflegepauschale bei Flüchtlingskindern und GeringverdienerInnen.

1.4 Der Friedberg Sozialpass - Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle!

Viele einkommensschwache Haushalte und Einzelpersonen sind von weiten Teilen des öffentlichen Lebens abgeschnitten. Der Besuch eines Museums, eines großen Sport- oder Kulturereignisses oder auch die Fahrkarte um Freunde und Bekannte besuchen zu können sind oft nicht bezahlbar. Um auch diesen Menschen eine Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen muss ein Sozialpass auch für Friedberg eingeführt werden.

Steigende Energiepreise stellen für Haushalte mit geringen Einkommen ein massives Problem dar. Hier müssen die Stadtwerke als Gaslieferant entsprechende Hilfen anbieten.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Einführung eines Sozialpasses (Vergünstigung bei öffentlichen Einrichtungen) für Personen mit geringem Einkommen. Der Sozialpass wird diesen Personen kostenlos zur Verfügung gestellt. Er soll die kostenfreie Nutzung des ÖPNV in Friedberg sowie deutliche Ermäßigungen beim Besuch von Museen, Schwimmbädern, Sportveranstaltungen und städtischen Bildungsangeboten.
- Die Friedberger Stadtwerke müssen für einkommensschwache Haushalte einen vergünstigten Gastarif anbieten. Dieser soll auf ein Kontingent beschränkt bleiben, daß der üblichen Verbrauchsmenge entspricht.

1.5 Kultur und Bildung: Fundament einer lebhaften und demokratischen Stadt

Friedberg verfügt über ein gutes Maß an kulturellem Leben. Die Veranstaltungen des Aktionskreises Einkaufsmeile Kaiserstrasse, das Soundgarden-Festival, das Copakabanoga Festival, das Kindermusikfestival, die Arbeit des Volkstheaters sowie weitere Großveranstaltungen z.B. in Zusammenarbeit mit der OVAG stellen wichtige Eckpfeiler dieses kulturellen Lebens dar, die es zu bewahren gilt. Ergänigungsbedarf besteht bei den Veranstaltungen die einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen, aber nicht so massenträchtig sind wie die hier angeführten.

Wir streben an, wieder ein jährliches Strassenfest in der Friedberger Altstadt durchzuführen. Dabei sind die BewohnerInnen der Altstadt an der Gestaltung zu beteiligen. Das Quartiesmanagement sollte dabei als Ansprechpartner dienen.

Das Soundgarden Festival ist auch nach dem Umzug nach Bad Nauheim ein Eckpfeiler des Friedberger Kulturlebens. Wir wollen daß sich die Städte Friedberg und Bad Nauheim gemeinsam darum bemühen dieses selbstorganisierte Jugendfestival zu erhalten.

Der Friedberger Burggarten war ein attraktiver und beliebter Ort für kulturelle Veranstaltungen. Die Ausrichtung von Kulturveranstaltungen dort hat wesentlich zur Identifikation der Friedberger mit dem Gelände und der Burg beigetragen. Dieser Veranstaltungsort wurde durch den Umbau ausgetrocknet, ohne das bisher eine Alternative geschaffen wurde.

Das Gebäude des Wetterau-Museums wird den neuen Anforderungen des Brandschutzes nicht mehr gerecht. Grundsätzlich halten wir ein städtisches Museum für eine Schul- und Bildungsstadt wie Friedberg für unverzichtbar. Aber wir wollen im Rahmen der baulichen Neugestaltung auch das aktuelle Konzept überprüfen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Wiedereinrichtung eines städtischen Kulturprogramms zur Wahrnehmung des kommunalen Bildungsauftrags.
- Durchführung eines Strassenfestes in der Friedberger Altstadt unter Einbeziehung der Anwohner.
- Weiterführung der Zuschüsse für das selbstorganisierte Friedberger Soundgarden Festival. Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Nauheim zur Sicherung der Veranstaltung.
- Ausbau des Friedberger Burggartens als Veranstaltungsort. Es ist zu prüfen ob eine Rücknahme der mit der Sanierung durchgeführten Veränderungen möglich und finanzierbar ist.
- Weiterer Ausbau des Bibliotheksentrums Klosterbau zum Medien- und Bildungszentrum. Dies schließt z.B. eine stärkere Konzentration auf die neuen Medien sowie die verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz ein.
- Kostenlose Internetnutzung für EinwohnerInnen Friedbergs. Dies kann z.B. Im Bibliothekszentrum Klosterbau realisiert werden.
- Für das Wetterau-Museum streben wir eine moderne konzeptionelle Neuausrichtung an. Dies soll im Rahmen einer transparenten öffentlichen Diskussion geschehen. Dabei streben wir eine Zusammenarbeit mit dem Bildungsforum Friedberg an. Auch soll mehr auf die Bedürfnisse der Friedberger Schulen eingegangen und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Als Standort halten wir dabei den Feldweibelbau in der Burg für ideal.
- Auf die Erhebung von Eintrittsgeldern für Judenbad und Wetterau-Museum wollen wir verzichten.

1.6 Für ein offenes JUZ – Selbstbestimmung verwirklichen

Jahrzehnte nach der Schließung des letzten Jugendzentrums gibt es nun wieder ein Jugendzentrum in Friedberg. Für die Schulstadt Friedberg ist dies eine mehr als wichtige Einrichtung. Wir wollen daß das Friedberger Jugendzentrum zu einem gelebten Ort der Selbstbestimmung wird. Fragen der Programmgestaltung und der organisatorischen Ausrichtung sollen von den Jugendlichen selbst erarbeitet, entwickelt und umgesetzt werden.

Die Aufgabe der Stadt und der städtischen Mitarbeiter ist es, dafür Sorge zu tragen, daß das Jugendzentrum eine offene Einrichtung für alle junge Menschen in Friedberg bleibt. Jungen und Mädchen auf unterschiedlichen Bevölkerungsschichten, mit unterschiedlichem religiösem

Hintergrund und auf verschiedenen Subkulturen sollen hier Ihren Platz finden.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Weiterentwicklung des Mitbestimmungskonzepts mit dem Ziel, eine möglichst umfassende Beteiligung der Jugendlichen zu realisieren. Für einzelne Organisationsbereiche soll dafür die Selbstverwaltung angestrebt werden.
- Es muß geprüft werden, ob mit dem begrenzten Raumangebot des Jugendzentrums ein umfassendes Angebot gewährleistet werden kann. Bei Bedarf ist das JUZ zu erweitern.
- Die Verbreitung von rassistischem, antisemitischem, antimuslimischem oder sexistischem Gedankenguts innerhalb des JUZ ist zu unterbinden. Falls nötig, sind Hausverbote zu erteilen.
- In den Ortsteilen und in der Altstadt soll das Angebot des JUZ durch Jugendtreffs ergänzt werden.

1.7 Jugend muss mitbestimmen: Demokratie lebt vom Mitmachen

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist in der HGO (Hessische Gemeindeordnung) und der HKO (Hessische Landkreisordnung) in den §§ 4c, 8c und 8a festgeschrieben. Mit der Umsetzung dieses Zieles hapert es allerdings an vielen Stellen noch. In Friedberg gibt es keine formale Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist es wichtig, dass gerade Kinder und Jugendliche unsere Gesellschaft möglichst früh als einen Ort demokratischer Mitbestimmung erleben. Die Einrichtung umfassender Mitbestimmungsmöglichkeiten bildet daher einen Schwerpunkt unserer Kommunalpolitik.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Für Kinder bis 12 Jahre streben wir die Einrichtung bzw. Ausweitung projektbezogener Mitbestimmung z.B. bei der Gestaltung von Spielplätzen an. Hier ist die Verwaltung gefordert, diesbezüglich ein tragfähiges pädagogisches Konzept vorzulegen und umzusetzen. Die Unterstützung von erfahrenen, landesweiten Teilnetzwerken wie der LAG Kinder- und Jugendbeteiligung sollte dabei in Anspruch genommen werden.
- Für Jugendliche und junge Menschen im Alter von 12 bis 21 Jahren sollte die Einrichtung eines städtischen Jugendparlaments vorgenommen werden. Zusätzlich dazu sollte die Einrichtung eines Jugendbürgermeisters vorgenommen werden. Die betreffende Person ist direkt oder vom Jugendparlament zu wählen. Das Parlament muss über eigene Mittel verfügen sowie mit Antrags-, Rede- und Anfragerecht für alle jugendrelevanten Fragen in der Stadtverordnetenversammlung ausgestattet sein.
- Damit die Wahlen für diese Parlamente von den Jugendlichen angenommen werden, muss an den Stellen, an denen Jugendliche anzutreffen sind, dafür geworben werden. Dies betrifft die Schulen, Jugendclubs, Konzerte, etc.
- Des Weiteren fordern wir ein Vorschlags- und Rederecht für den Stadtjugendring in der Stadtverordnetenversammlung.

1.8 Menschen mit Behinderungen: Respekt und Förderung für Benachteiligte

Menschen, die mit Behinderungen leben - oft von Geburt an -, haben das Recht auf Unterstützung der Gemeinschaft. Im Alltag stehen hier vor allem die Kommunen in der Pflicht, weil hier die Bewältigung des Alltags stattfindet. Viele können nicht oder nur eingeschränkt für den eigenen Lebensunterhalt sorgen.

Betroffene haben das Recht auf Förderung: Sie müssen finanziell abgesichert sein. Sie brauchen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsmitteln, Verkehrswegen, ihren Wohnungen, ihrem

Lebensumfeld sowie schulischen, beruflichen und medizinischen Fördereinrichtungen. Sie benötigen vor allem Akzeptanz und Solidarität für ein möglichst selbstbestimmtes Leben ohne Diskriminierung und Bevormundung. Die Forderungen der Leistungsgesellschaft dürfen keinesfalls Maßstab sein, insbesondere für nicht arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Finanzielle Sicherung und Versorgungsansprüche für die Betroffenen durch die Kommunen und den Kreis
- Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ ist nach den Interessen der Betroffenen zu gestalten und darf nicht zu Lasten derjenigen gehen, bei denen eine stationäre Unterbringung unvermeidbar geworden ist. Aufgrund ambulanter Pflege darf keine Isolation entstehen.
- „Betreutes Wohnen“ kann für viele Betroffene eine Alternative sein, jedoch mit dem Ziel verbesserter Lebensqualität, nicht im Rahmen eines Sparaktes.
- Kein Wettrennen der Pflegedienste um die niedrigsten Pflegesätze zu Lasten der Betroffenen. D.h., Leistungs- und Kostenkontrolle müssen unter humanen Grundsätzen gewährleistet sein. Qualität und Quantität der Betreuung müssen stimmen.
- Friedberg soll „barrierefrei“ werden, um Mobilität zu erleichtern und zu gewährleisten.
- Wir fordern deutlich ermäßigte Eintrittspreise (siehe auch Sozialpass) für Schwerbehinderte bei kulturellen Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen (Museen, Schwimmbäder, etc.)
- Freie Fahrt für Schwerbehinderte bei Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in Friedberg.
- Einrichtung eines Behindertenbeirates in Friedberg.
- Wir fordern stärkere Kontrollen der „Behindertenquote“ bei den in Friedberg ansässigen Firmen. Solche, die diese Quote nicht erfüllen, sollen deutlich höhere Abgaben zahlen. Es kann nicht sein, dass gerade Großunternehmen sich aus der Portokasse von Ihrer sozialen Verpflichtung freikaufen können.
- Treffpunkte und Angebote zur kulturellen Inklusion wie z.B. die Handicap-Disco sollen gefördert werden.

1.9 Selbstbestimmtes Leben im Alter: Senioren als Gewinn für die Gesellschaft

Der wachsende Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird zunehmend als Vorwand genutzt, um die Leistungen der Alterssicherung abzubauen und zu privatisieren. Aufgrund dieser Kürzungen wird es in Zukunft immer stärker zu Altersarmut kommen. Insbesondere Frauen sind aufgrund ihrer Biografie (Kindererziehung, Pflegetätigkeiten in der Familie, Halbtagsstätigkeiten, Arbeitslosigkeit etc.) von den Kürzungen betroffen. Für viele werden die Renten bereits in naher Zukunft nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse befriedigen.

Durch Entlassungen und so genannte „sozialverträgliche“ Lösungen werden viele ältere Arbeitnehmer auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Arbeitsleben verdrängt. In vielen Unternehmen findet sich kein über 50jähriger mehr. Gleichzeitig wird das Rentenalter auf 67 Jahre heraufgesetzt, um die Alterssicherung weiter abzubauen.

In vielen gesellschaftlichen Bereichen werden ältere Menschen ausgegrenzt und nur als Kostenfaktor betrachtet. Dabei wäre die Förderung aktiver und selbstbewusster SeniorInnen ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Stärkung der Arbeit des Seniorenbeirats.
- Schaffung von bezahlbaren Alten- und behindertengerechten Wohnungen durch die Stadt

Friedberg bzw. der Friedberg Wohnungsbau GmbH. Aufbau und Stärkung von Angeboten und Einrichtungen in den verschiedenen Orten. Selbständigkeit ist Vorrang vor anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu geben

- Einführung eines Sozialpasses (vgl. Abschnitt 2.2), abhängig von der Rentenhöhe, damit Senioren am kulturellen Leben teilnehmen können und der Vereinsamung vorgebeugt wird.
- Neue Arbeitszeitmodelle mit flexibilisierten und differenzierten Angeboten, die dem demographischen Wandel Rechnung tragen, wie beispielsweise: Installierung von Lebens-Arbeitszeitkonten, gleitender Übergang in den zweiten Lebensabschnitt, Rente über mehrere Jahre.
- Erhalt der gesetzlichen Rentenversicherung auf Grundlage des Umlageverfahrens. Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung
- Förderung der Errichtung von Mehrgenerationenhäusern, auch durch die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft.

Die Lebensleistung der älteren Generation muss respektiert werden. Jegliche Diskriminierung aus Altersgründen muss unterbleiben. Die Fähigkeiten, Kompetenzen und das Gestaltungspotential müssen gefördert und genutzt werden.

2. Für ein demokratisches Friedberg – Bürger beteiligen!

2.1. Mitgestalten statt „verwaltet werden“: Transparente Gremien

Die Abgeordneten der Partei "Die Linke" werden ihre Möglichkeiten nutzen, Vorgänge in Gemeindevertretung und Verwaltung öffentlich und für die Bürger transparent zu machen. Das bedeutet insbesondere, wichtige Angelegenheiten zum Thema von Bürgerversammlungen zu machen und unterschiedliche Standpunkte von VertreterInnen oder Fraktionen klar und öffentlich darzulegen.

Die in geschlossenen Sitzungen zu behandelnden Punkte sind auf das absolut unumgängliche Mindestmaß zu reduzieren.

2.2. Gewählte Vertreter stärken: Entmachtung der Stadtverordnetenversammlung verhindern

Wir werden uns allen Bestrebungen entgegenstellen, die Selbstentmachtung der Kommunalparlamente fortzuführen.

Durch Privatisierungspolitik sind weite Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge heute schon der Kontrolle der Kommunalparlamente entzogen.

Privatisierungspolitik bedeutet also neben wirtschaftlichen und sozialen Nachteilen für die Bürger eine drastische Verminderung der Kontroll- und Einflussmöglichkeiten.

Bei Betrieben in kommunalem Besitz muss die Mitwirkung auch kleiner Fraktionen gesichert werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Fraktionen in kommunalen GmbHs und Aktiengesellschaften müssen dringend ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere die städtische Wohnungsbau GmbH.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – eine weitere Privatisierung ist abzulehnen
- Keine Privatisierung der Friedberger Stadthalle. Die Überführung der Stadthalle in eine privatrechtliche Organisationsform (GmbH, AG) lehnen wir aus Gründen der Transparenz und wegen der fehlenden Tarifbindung ab.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe
- Gestaltung der Gesellschaftsverträge der Kapitalgesellschaften in der Art, dass ein größtmöglicher Einfluss der kommunalen Anteilseigner gewährleistet wird
- Wahl nur solcher kommunaler Vertreter in die Aufsichts- und Kontrollgremien, die sich juristisch verbindlich zur Umsetzung von Beschlüssen der Kommunalparlamente verpflichten
- Aufsichtsräte und Betriebskommissionen sollen auf eine Größe angepasst werden, mit der sie die demokratisch gewählte Kommunalvertretung widerspiegeln. Dies betrifft insbesondere auch den Zweckverband Usa-Wellenbad

2.3 Politik zum Anfassen: „Demokratie von unten“ ausbauen

Die oft beklagte „Politikverdrossenheit“ ist vielmehr eine **Politikerverdrossenheit**, nicht selten durch die erfahrene Ohnmacht zwischen den Wahlen gestärkt. Wer politisch verantwortliche Bürger will,

muss ihnen entschieden mehr Möglichkeiten zur Einflussnahme durch direkte Demokratie geben.

Die Hürden für ein Bürgerbegehren sind in Hessen immer noch zu hoch. Damit eine breite Beteiligungskultur entstehen kann, müssen Diskussions- und Entscheidungsprozesse öffentlich nachvollziehbar und für alle zugänglich werden. Die Hürden für eine direkte Beteiligung sind daher zu senken.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide; kein Ausschlusskatalog für kommunale direkte Demokratie, niedrige Beteiligungs- und Zustimmungsqouren, damit diejenigen, die an Plebisziten teilnehmen, auch die Entscheidungen treffen und nicht jene, die durch ihr Fernbleiben das Nichterfüllen hoher Beteiligungsquoren bewirken
- Eine neue Kommunikationskultur zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, in der die Gesellschaft als gleichberechtigter Partner und Akteur akzeptiert ist.
- Es muss generell Pflicht bzw. alternativlose Praxis werden, dass mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld rechtzeitig mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden.
- Um die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Vorbereitung und Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten zu befördern, treten wir für einen weiteren Ausbau der elektronischen Informations- und Kommunikationstechnik sowie für mehr Zugangsmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen wie z.B. dem Bibliothekszentrum Klosterbau ein, um auch finanziell benachteiligten Gruppen der Gesellschaft eine solche Teilhabe zu ermöglichen. Über die Folgen von Entscheidungen sind Vertreter der Betroffenen im Plenum zu hören. Die Grundlagen des Datenschutzes sind dabei unbedingt zu befolgen.
- Gefordert ist eine neue Transparenz der öffentlichen Informationspolitik, bei der es nicht mehr im Ermessen von Politik und Verwaltung liegen kann, welche Informationen in welcher Form an die Bevölkerung gegeben werden und bei der die Partizipations- und Informationsbedürfnisse der Gesellschaft den einzigen Maßstab für das Informationsangebot und seine Gestaltung bilden.
- Direkte Bürgerbeteiligung in Haushaltsangelegenheiten, wo es möglich ist auch im Ergebnishaushalt. Gerade vor dem Hintergrund einer unzureichenden Finanzausstattung ist es umso wichtiger, die knappen zur Verfügung stehenden Mittel nach Entscheidung der BürgerInnen einzusetzen.
- Die Gebühren für Akteneinsichten sind so niedrig zu gestalten, dass sie auch für finanzschwache Bürger und Gruppen keine Hürden darstellen. Einfache Akteneinsichten sind kostenlos anzubieten. Transparenz in den Entscheidungen ist eine Bringschuld einer demokratischen Verwaltung.
- Die Haushaltseckdaten des städtischen Haushaltes müssen transparent und nachvollziehbar im Internet veröffentlicht werden.

Vor den Entscheidungen in den Ausschüssen und im Plenum der Kommunalparlamente muss VertreterInnen von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Organisationen ein Rederecht eingeräumt werden.

2.4 Bürgerhaushalt einführen - Denn es ist unser Geld

Die Entscheidung über den Haushalt ist wohl die wichtigste Entscheidung einer kommunalen Vertretung. Ein Haushalt bestimmt darüber, nach welchen Kriterien die Finanzmittel verteilt werden. Eine demokratische Gesellschaft tut gut daran, die betroffenen BürgerInnen an diesem Prozess zu beteiligen

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

Hintergrund: Vorbild Porto Alegre

In Porto Alegre, der Stadt der ersten Welt-Sozialforen, wird der Investitionshaushalt in einem Entscheidungsprozess entwickelt, an dem bis zu 100.000 Menschen beteiligt sind. Dazu wurde die Stadt in 16 Bezirke unterteilt, und es gibt sechs stadtübergreifende Foren zu den Themen „Verkehr und Transport“, „Gesundheit und Soziales“, „Erziehung und Freizeit“, „Stadtentwicklung und organisation“, „Wirtschaft und Steuerpolitik“ und „Kultur“. Bei jährlichen Vollversammlungen werden in den Stadtteilen und Foren die Haushaltsumsetzungen des letzten Jahres ausgewertet, neue Projekte beschlossen und Prioritäten gesetzt sowie Delegierte für den „Rat des Beteiligungshaushaltes“ gewählt. In diesem Rat erfolgt die Verteilung der vorhandenen Mittel nach einem zuvor diskutierten Gewichtungsschlüssel, der eine gerechte Verteilung der Mittel auf die Stadtteile und Projekte sichert.

In den Gewichtungsschlüssel fließen u.a. Zustand der Infrastruktur und Bevölkerungszahl ein. Auf diese Weise konnte eine bessere Mittelverteilung entsprechend dem Bedarf erreicht werden. Korruption, Verschwendung und Klientelwirtschaft konnten erheblich eingedämmt werden.

- Wir streben deshalb an, für den Haushalt Friedbergs einen Beteiligungshaushalt einzuführen. Die auf den Beteiligungsforen gefassten Entschlüsse und Empfehlungen sind Grundlage der Haushaltsberatung und sollen von der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Abweichungen von diesem Prinzip bedürfen der besonderen öffentlichen Begründung. Zur Vorbereitung soll zeitnah der Haushaltsentwurf in einer allgemeinverständlichen, zusammenfassenden Broschüre dargestellt und die Idee des Beteiligungshaushaltes verbreitet werden. Dieses soll durch erste Bürgerversammlungen und die Einrichtung zunächst noch beratender Foren unterstützt werden.

2.5 Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen – Gleichberechtigung realisieren

Auch in Friedberg sind Macht und Geld noch nicht gleich zwischen Frauen und Männern verteilt. Frauenpolitik wird herkömmlich lediglich nur im Rahmen der Familienpolitik betrachtet und behandelt. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Wir sehen die Durchsetzung von Gleichberechtigung als Querschnittsaufgabe, die es in allen Politikbereichen zu befolgen gilt.

Das aktive Hinwirken auf eine gleichberechtigte Gesellschaft sowie die Offenlegung und Beseitigung patriarchaler Strukturen stellen einen Kern unseres politischen Selbstverständnisses dar.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Konsequente Anwendung des Prinzips Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe bei der Umsetzung aller ökologischen, ökonomischen und sozialen Aufgaben der Stadt. Dazu gehören:
- Anwendungsverpflichtungen und zielgruppenspezifische Workshops,
- die Besetzung von geschlechterquotierten Gremien,
- geschlechtergerechte Haushaltsführung in Friedberg,
- die Schaffung von Arbeitshilfen und entsprech. Trainings für Führungskräfte,
- die Förderung von Kompetenz in Sachen Geschlechtergerechtigkeit für alle Beteiligte in Entscheidungsprozessen
- Förderung und Unterstützung der Organisationen vor Ort, die gegen jegliche Formen der Gewalt arbeiten und den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen Beratung, Hilfen und Schutzräume bieten. Unterstützung des Fachpersonals bei der weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung für die Brisanz und Wirkung dieser Gewaltstrukturen

- Stärkung der Funktion der Frauenbeauftragten als Beratungs- und Kontrollorgan sowie Förderung von emanzipatorischen Initiativen, Netzwerken und Projekten mit dem Ziel, insbesondere die Interessen und Rechte der Frauen und Mädchen zu stärken und durchzusetzen
- Durchsetzung gleicher Löhne für Männer und Frauen in der Friedberger Verwaltung, den kommunalen Gesellschaften und Eigenbetrieben und als Bedingung bei kommunalen Ausschreibungen.

Die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter auf allen Entscheidungsebenen, die Neubewertung gesellschaftlicher Aufgaben und damit der Arbeit und somit auch ein neues Vorgehen bei der Verteilung von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Frauen und Männern sind wichtige Bestandteile einer künftigen demokratischen Gesellschaft. Die praktische Umsetzung muss durch kommunalverantwortliche Politik unterstützt werden.

2.6 Faschismus aktiv entgegen treten

Rassistische und nationalistische Ressentiments finden in unserer Gesellschaft immer mehr Zuspruch, die Zahl rechtsextremer Gewalttaten steigt an. Diese Entwicklung macht auch vor Friedberg nicht halt. Neofaschistische Gruppen sind in und um Friedberg nach wie vor sehr aktiv und versuchen vermehrt den öffentlichen Raum für sich zu besetzen.

Häufig begegnen uns ausländerfeindliche Äußerungen wie: „Die Fremden sind für die soziale Schieflage verantwortlich“ oder auch z.B.: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“. Die Kampagnen etablierter Parteien gegen AsylbewerberInnen, die zunehmende Akzeptanz antislamischer und antisemitischer Hetze und die Beschimpfung von ALG II – BezieherInnen als Parasiten sind Wasser auf die Mühlen der Rechtsextremen. Hier entsteht ein Klima, in dem Fremde, Arbeitslose, Behinderte, religiös und politisch Andersdenkende ausgegrenzt werden.

Es ist Aufgabe der DemokratInnen, sich diesen Tendenzen mit aller Kraft entgegenzustellen. Wir werden nicht wegsehen, wenn Neonazis AusländerInnen anpöbeln, nicht schweigen, wenn PolitikerInnen – von welcher Partei auch immer - menschenfeindliche Ideologien in die Gesellschaft tragen wollen. Vor allem müssen wir unsere Jugend vor diesem unmenschlichen Geist der Rechten schützen. In der Vergangenheit haben breite gesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus zum Teil erfolgreich gegen die Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch Nazis verhindert. An diese Erfahrungen wollen wir anknüpfen. Die Linke in Friedberg ist gewillt, sich weiterhin an allen Bündnissen und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Die Stadt Friedberg erstellt mit den vielen Friedberger Schulen eine Analyse rechtsextremer Potentiale in der Schul- und Kreisstadt, um Vorbeugungs- und Gegenmaßnahmen gezielt planen und durchführen zu können.
- Antirassistische und antifaschistische Initiativen, Veranstaltungen und Bildungsangebote sind von der Stadt zu unterstützen und zu fördern.
- Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die Opfer der nationalistischen Terror-Herrschaft an zentraler Stelle. Im Rahmen des Mahnmals sollen die Namen und Schicksale von betroffenen Friedbergern publik gemacht werden, soweit diese ermittelt werden können.
- Neofaschistische Aktivitäten, Veranstaltungen, Aufmärsche usw. sind mit allen rechtlichen Mitteln zu unterbinden. Wo dies nicht möglich ist, soll der Bürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung öffentliche Protestbewegungen aktiv unterstützen.
- Aufstockung der Mittel zur Förderung der demokratischen Kultur auf mindestens 10 T€ im Jahr. Die Mittel sollen projektbezogen vergeben werden. Dabei sind klare und

nachvollziehbare Vergabekriterien zu schaffen, die von der SVV verabschiedet werden.

- Berücksichtigung antifaschistischer Bildungsthemen (Demokratie, Antirassismus, Gleichberechtigung) in den Bildungsangeboten der Stadt.
- Wiederaufnahme des Projekts Stolpersteine in Friedberg. Die Ablehnung des Projekts durch die SVV ist nicht nachvollziehbar.

2.7 Migration – soziale Integration statt kultureller Anpassung

Friedberg ist auch Wohnort und Lebensmittelpunkt vieler Menschen die nicht über einen deutschen Pass verfügen. Sie haben einen festen Platz in Friedberg. Dies zu vermitteln und für eine soziale Integration der hier lebenden Minderheiten zu sorgen ist eine zentrale Aufgabe einer solidarischen Kommunalpolitik. Zur Erreichung dieses Ziels wird es auf beiden Seiten dauerhafte Anstrengungen geben müssen, soll die Entwicklung von Parallellgesellschaften verhindert werden.

Seit 2012 gibt es in der Friedberger Altstadt ein Quartiersmanagement. Trotz vieler Unterbrechungen und organisatorischer Probleme konnte dadurch viel für die Lebensqualität der Menschen in der Altstadt erreicht werden. Kinderbetreuung, der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und Sozialberatung seien hier nur als Beispiele genannt. Wir wollen daß das Quartiersmanagement wiedereröffnet, ausgebaut und langfristig gesichert wird.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Einrichtung eines interkulturellen Forums zum Dialog der Kulturen in Friedberg. Dies soll in Zusammenarbeit mit in dem Bereich arbeitenden Gruppierungen und Gremien wie dem Internationalen Zentrum e.V. und dem Ausländerbeirat geschehen.
- Beteiligung der Menschen mit anderem Hintergrund am kulturellem Leben in der Stadt. Der größte Teil der Bewohner der Friedberger Altstadt haben keinen deutschen Pass. Trotzdem findet Ihre kulturelle Identität keinen Platz in der Programmgestaltung des Friedberger Kulturkalenders. Dies ist zu ändern.
- Die Stadt Friedberg setzt sich mit ihrer ganzen Kraft dafür ein, Abschiebungen zu verhindern. Integration statt Abschiebung!
- Langjährig geduldete oder asylsuchende Menschen müssen ein Bleiberecht erhalten, das ihren Aufenthalt langfristig absichert und ihre Integration ermöglicht.
- Errichtung eines eigenen Budgets für die Stelle der/des Integrationsbeauftragten
- Wiedereröffnung, Erhalt und Ausbau des Quartiersmanagements in Friedberg. Das Quartiersmanagement ist langfristig, auch über die Wahl hinaus finanziell abzusichern. Es muss auf Basis eines von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Konzepts eigenständig arbeiten können.

3. Zukunftsfähigkeit für Mensch und Umwelt in Friedberg

3.1 Finanzen: Spielräume für öffentliche Investition schaffen – zukunftsfähig entscheiden

Die im Grundgesetz festgeschriebene kommunale Selbstverwaltung ist ohne eine entsprechende Finanzausstattung der Kommunen nicht realisierbar.

Doch die Finanzausstattung der Kommunen ist in Hessen unzureichend. Den Kommunen in Hessen werden immer mehr Aufgaben (z.B. in der Kinderbetreuung) zugewiesen. Dies geschah ohne die Schlüsselzuweisungen, also das Geld das die Kommunen vom Land bekommen, entsprechend zu erhöhen.

Stattdessen wurden arme Kommunen mittel eines "Schutzschirms" zur Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung gedrängt.

Die Kommunen tragen 60 % aller öffentlichen Investition. Dennoch werden Sie immer weiter ausgehöhlt. Viel Kommunen sind pleite. Und die, die noch nicht tief in der Schuldenfalle stecken werden auf Jahre hinaus keine Investitionen können.

Die Kommunen können immer weniger investieren und gegen einen immer größeren Teil Ihres Geldes für Pflichtaufgaben aus. Der Investitionsanteil der Gemeindeausgaben ist z.B. von 2002 bis 2013 um fast 5 Prozent gefallen, während der Anteil der Sozialausgaben um diesen Teil gestiegen ist.

Zusätzlich wurden in den 90er Jahren 20 % des Personals abgebaut. Da bei Stellenstreichungen und Arbeitsverdichtung die Grenzen erreicht sind, sind kommunale Arbeitgeber jetzt oft Vorreiter bei Arbeitszeitverlängerung und Einkommenskürzungen.

Diese neoliberale Politik auf Bundes- und Landesebene hat die finanzielle Lage der Kommunen in katastrophaler Weise verschlechtert, die Handlungsspielräume eingeschränkt, die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung unterlaufen und in unzulässiger Weise eingeschränkt. Die Kommunen werden so gezwungen, eine auf Bundesebene beschlossene Politik umzusetzen. Diese Situation führt dazu, Städte und Gemeinden gefügig gegenüber den Interessen der Wirtschaft zu machen. Kommunales Eigentum soll weiter zu veräußern werden. Alle kommunalen Bereiche sollen der profitorientierten Privatwirtschaft zugänglich gemacht werden.

Paradoxaerweise beklagen sich Politiker der im Bund regierenden Parteien auf kommunaler Ebene über gerade diese Zustände...

Wir erteilen allen Wünschen der Wirtschaft nach einer Abschaffung der Gewerbesteuer eine eindeutige Absage. Im Gegenteil: gewinnstarke Unternehmen müssen wieder mehr zur Finanzierung ihrer Städte und Gemeinden beitragen!

Die Friedberger Stadtverordnetenversammlung muss deshalb ständig auf Landesebene und im Verband der kommunalen Körperschaften tätig werden, um die generelle Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

Auch Friedberg ist von dieser Situation betroffen. Nicht nur die Tatsache, daß seit Jahren kein Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt wurde, sondern auch ein Blick ins Investitionsprogramm, in dem die geplanten Investitionen vermerkt sind, bzw. so gut wie keine Investitionen für die nächsten Jahre mehr vermerkt sind machen dies deutlich.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Möglichkeiten bei den Ausgaben sinnvoll zu sparen ohne dabei wichtige kommunale Leistungen einzuschränken sind nur sehr beschränkt vorhanden. Eine Kürzung der Mittel bei Leistungen der öffentlichen Infrastruktur wie Stadthalle, Judenbad, Bibliothekszentrum, Schwimmbad, lehnen wir entschieden ab! Die Bereitstellung dieser Maßnahmen ist

Bestandteil des Bildungs- und Kulturauftrags der öffentlichen Hand. In unserem Leitbild einer demokratischen, gebildeten und toleranten Gesellschaft stellen sie eine wichtige Aufgabe dar.

- Wir treten für eine Verbesserung der Einnahmesituation ein. Grundsätzlich halten wir es für nicht hinnehmbar und auch nicht vereinbar mit dem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung daß Friedberg für die nächsten Jahre keine nennenswerten Investitionen plant. Wir müssen investieren um vor Ort eine soziale und wirtschaftliche Infrastruktur bereitzustellen, die Friedberg als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiv macht. Durch jahrelangen Stillstand werden wir dies nicht erreichen.
- Mit den Erhöhungen der Grundsteuer B und der Einführung einer Straßenbeitragssatzung ist die Belastung für die EinwohnerInnen in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Hier sehen wir keine Spielraum für weitere Erhöhungen. Die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer A wurden nicht in dem Umfang erhöht wie die Grundsteuer B. Dies ist keine faire Lastenverteilung. Deshalb sehen wir in diesen Bereichen noch Möglichkeiten zur Steigerung.
- Mit einer Erhöhung der Parkgebühren kann der Haushalt um einige hunderttausend Euro im Jahr entlastet werden. Wir denken, daß eine durchschnittliche Erhöhung um 50 % angemessen ist. Dabei sollten aber gezielt dort die Gebühren erhöht werden, wo dies aus verkehrstechnischen Erwägungen am sinnvollsten ist. Konkret heißt dies z.B., daß auf der Kaiserstrasse die Gebühren stärker erhöht werden im wenig ausgelasteten Parkhaus hingegen auf eine Erhöhung verzichtet wird.

Hintergrund: Kommunale Finanzen

Die Kommunalen Körperschaften sind in den Möglichkeiten ihrer Finanzpolitik stark eingeschränkt. Auf der Ausgabenseite sind kommunale Pflichtaufgaben per Gesetz zu erfüllen. Die „freiwilligen Leistungen“, meist ein großer Teil der Kultur- und Sozialleistungen, werden bei „Sparanstrengungen“ dann oft zuerst gestrichen.

Die Kommunen verfügen derzeit über folgende Einnahmequellen:

1. Steuern

- **Gewerbsteuer** mit Hebesatzrecht (60 % Kommune, je 20% als **Gewerbsteuer-Umlage** an Bund und Land
- **Grundsteuer** (A und B, für bebaute bzw. landwirtschaftlich genutzte Grundstücke), Hebesatzrecht der Kommunen
- 2,2 % der **Mehrwertsteuer**, verteilt nach der Wirtschaftskraft der Kommunen, nicht nach der Einwohnerzahl 15 % der **Lohn- und Einkommenssteuer** (12% an der Zinsabschlagssteuer), verteilt nach dem Steueraufkommen aus der Kommunen
- Gemeindeanteil an der **Grunderwerbsteuer**

Von den anderen Kommunalsteuern (Vergnügungs-, Getränke-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Hunde- sowie Zweitwohnsteuer) haben nur die Vergnügungssteuer und die Hundesteuer mit jeweils ca. 2 bis 3 Euro pro EinwohnerIn und Jahr überhaupt eine kleine Bedeutung.

2. Zuweisungen und Erstattungen

- Erstattungen für die Erfüllung von Landes- und Bundesaufgaben
- Zweckgebundene Zuweisungen von Bund und Land
- „Schlüsselzuweisungen“ durch das Land (kommunaler Finanzausgleich)

3. Entgelte

- Gebühren für Erbringung von Leistungen
- Beiträge für Bereitstellung von Leistungen

Entgelte dürfen maximal nur kostendeckend sein (z.B. Abwasser), können aber oft aus sozialen Gründen nicht kostendeckend erhoben werden (z.B. Kita-Gebühren)

4. Weitere Einnahmen

- Konzessionsabgaben der Versorgungsbetriebe (Wegenutzung für Gas, Wasser, Strom)
- Vermietung und Verpachtung (kommunale Flächen, Gebäude und Räume)
- Kredite (genehmigungspflichtig, nur für Investitionen oder Ablösung von Altschulden)

Einnahmen des Kreises

Der Kreis hat als hauptsächliche Einnahmequelle nur die Kreisumlage, die von den Kommunen erhebt. Aufgrund der Ausdünnung kommunaler Haushalte ist die Kreisumlage in der Wetterau in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

3.2. Öffentliche Infrastruktur verteidigen – Privatisierung der Stadthalle verhindern

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu zählen die öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser, die Entsorgung von Abfall und Abwasser, der Öffentliche Personennahverkehr, Straßenbau und Straßenreinigung, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe und Arbeitsförderung, Kindertagesstätten, Schulträgerschaft, Gesundheitswesen, Krankenhäuser

und Rettungsdienst, Katastrophenschutz sowie die Kulturpflege, Schwimmbäder, Bibliotheken und Museen. Diese Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder dorthin zurückgeführt werden, wo sie bereits privatisiert sind.

Auch die Friedberger Stadthalle ist ein wichtiger Teil der kommunalen Infrastruktur. Deshalb lehnen wir jede Form der Privatisierung der Stadthalle ab. Ihre Funktion als Versammlungsort für die Friedberger Bürger und als Stätte regionaler Wirtschaftsförderung (z.B. als Messeort) wäre dadurch gefährdet. Grundsätzlich muß die Nutzung der Stadthalle den Interessen der Friedberger BürgerInnen dienen, nicht den Profitinteressen einzelner. Deshalb halten wir es für elementar daß die Kontrolle über eine so wichtige Einrichtung in den Händen der Friedberger BürgerInnen oder einer von Ihr gewählten Vertretung verbleibt.

Hintergrund: Privatisierung

Privatisierung heißt, die gesellschaftlichen Aufgaben dem Profitstreben unterzuordnen. Privatisierung bedeutet immer Demokratieabbau. Kommunalparlamente und BürgerInnen haben bei privatisierten Einrichtungen nur ein sehr eingeschränktes Mitspracherecht, denn betrieblicher Gewinn geht vor Bürgerinteressen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben – eine weitere Privatisierung ist abzulehnen.
- Rückumwandlung kommunaler Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) in kommunale Eigenbetriebe.
- Im Mittelpunkt der Leistungen der Daseinsvorsorge müssen die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen.
- Eine kommunale Daseinsvorsorge muss sich an dem Leitbild einer sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung orientieren.
- Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen einen stärkeren Einfluss auf Art und Umfang der öffentlichen Dienstleistungen und auf die Art ihrer Bereitstellung haben.
- Wir lehnen alle Bestrebungen zur Privatisierung der Stadthalle ab.
- Ein funktionaler und energiesparsamer Stadthallenneubau wird kurzfristig angestrebt.
- Die Transparenzpflichten bei städtischen Beteiligungsgesellschaften wie der Wohnungsbau GmbH sind deutlich auszuweiten. Es ist nicht hinnehmbar daß z.B. der Aufsichtsrats eines so wichtigen kommunalen Unternehmen geheim tagt und nicht rechenschaftspflichtig ist.

3.3. Fair einkaufen und gezielt fördern. Verantwortung als Auftraggeber wahrnehmen.

Die Stadt Friedberg tritt auch als umsatzstarker Einkäufer auf. Wir wollen daß die Stadt bei Ausschreiben und Einkäufen für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Nach einer Reform der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist es ausdrücklich erlaubt, soziale und ökologische Kriterien in die Vergabekriterien aufzunehmen. Die Stadt Berlin hat bereits ein Vergabegesetz geschaffen, daß u.a. einen Mindestlohn bei Ausschreibungen vorsieht.

Die gegenwärtige Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung dazu ist vollkommen unverbindlich. Hier wollen wir nachbesseren und verbindliche Vergabekriterien schaffen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Bei der Vergabe kommunaler Aufträge und beim Einkauf der Stadt Friedberg sind soziale und ökologische Kriterien besonders zu berücksichtigen. Hierzu sind verbindliche

Mindeststandards in jeder öffentlichen Ausschreibung festzuhalten. Bei allen Ausschreibungen muß der Anbieter überprüfbar nachweisen, daß bei Erbringung der Leistung ein Stundenlohn von mindestens 10 € gezahlt wird.

- Beim Einkauf von Produkten ist sicherzustellen, daß bei der Produktion die Kernarbeitsnormen der ILO eingehalten wurden. Im Zweifel sind Produkte vorzuziehen, die über entsprechende Zertifikate verfügen. Nur so kann verhindert werden, daß mit dem Geld der Friedberger Bürger Sklaverei und Kinderarbeit gefördert wird.
- Bei allen Bauvorhaben ist vertraglich sicherzustellen und intensiv zu überwachen, dass die örtlich geltenden Mindestlöhne eingehalten werden. Die Beauftragung von Subunternehmen bei kommunalen Aufträgen ist auszuschließen.
- Nach der Auftrags erledigung müssen die Rechnungen durch die kommunalen Auftraggeber unverzüglich bezahlt werden.
- Angriffe der EU auf die kommunale Selbstverwaltung lehnen wir ab.

3.4. Arbeit statt Verschwendung: Zukunftsfähiger Umgang mit Wasser und Energie

Die Stadt Friedberg ist mit Ihrer Verwaltung, ihren Kindergärten und Bürgerhäusern ein großer Energieverbraucher. Sparsamer Umgang mit Energie hat aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen eine herausragende Bedeutung.

Wir streben an, weitere Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Friedberg zu errichten. Die Planungen für einen Windpark am Winterstein sind trotz erschwelter Randbedingungen voranzutreiben. Das Projekt soll nur umgesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Umweltzerstörungen im angemessenen Rahmen bleiben. Wir wollen daß die Stadt bzw. die Stadtwerke diese Projekte durchführen, evtl. mit Hilfe erfahrener Partner. Ist dies nicht möglich oder sinnvoll, so soll eine hohe Beteiligung der Stadt Friedberg bzw. der Stadtwerke an dem Projekt erreicht werden. Es ist nicht ersichtlich warum der Gewinn einer solchen Einrichtung in die Hände anderer Institutionen fließen soll.

Für den Winterstein wollen wir ebenfalls prüfen ob ein Pilotsystem zur Speicherung von Energie in kleinen, ökologisch sinnvollen Einheiten, also Pumpspeicherteichen realisiert werden kann.

Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1. Es ist schon fast kriminell, wie wir mit unserem Trinkwasser umgehen. Anstatt das Wasser zu trinken, spülen wir damit unsere Fäkalien weg. Es ist höchste Zeit, dass wir Oberflächenwasser dafür benutzen.

Nach Ansicht einiger Wissenschaftler haben wir weltweit den Punkt der höchsten täglichen Erdölfördermenge bereits überschritten. Nicht mehr zu leugnen ist aber auf jeden Fall, dass Öl und die daraus gewonnenen Raffinerieprodukte als Wärmelieferanten und Treibstoffe Auslaufmodelle sind. Ein möglichst sparsamer Umgang mit fossilen Brennstoffen und ein rechtzeitiger Umstieg auf Alternativen kommen daher nicht nur dem Weltklima zu gute, sondern bewahrt uns auch vor einem Energiekollaps. Hier muss die Stadt Friedberg mit gutem Beispiel vorangehen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Ein Energiemanagement, welches den Energieverbrauch erfasst, überwacht, Energiesanierungskonzepte erstellt und durchführt
- Passiv- oder Nullenergiebauweise bei Neubauten der Stadt.
- Energieeinsparung heißt weniger Kraftwerke und mehr für die Natur. Eine kostenlose Energieberatung durch die Energieversorger, soll für alle Verbraucher möglich sein. Eine Analyse des Stromverbrauchs in den einzelnen Haushalten ist durchzuführen.
- Photovoltaik und Solarthermische Anlagen müssen gefördert werden. Denkmalgeschützte Bauten können ausgenommen werden.

- Wärmerückgewinnungsanlagen sollen gefördert werden.
- Weitere Blockheizkraftwerke sollten in Friedberg errichtet werden.
- Wärmetauscher für das Brauchwasser werden gefördert.
- Die Förderung regenerativer Energiegewinnung soll ein Schwerpunkt in Friedberg sein. Dies schließt neben Photovoltaik auch die Errichtung von Windkraftträdern auf Friedberger Gemarkung ein. Belange des Naturschutzes sind dabei zu berücksichtigen.
- Wir streben an, weitere Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Friedberg und durch die Stadt bzw. einen stadteigenen Betrieb zu errichten. Geeignete Standorte, wie z.B. Flächen zwischen Friedberg und Rosbach sind diesbezüglich ergebnisoffen zu prüfen.
- Der Austausch von Elektroherden und Durchlauferhitzern durch Gasgeräte ist anzustreben.
- Regenwasseranlagen und Rückhaltespeicher in Privathaushalten sind zu fördern.

Ein sparsamer Umgang mit Energie und Wasser durch Investitionen in Einsparung hat folgende Vorteile: Er ist langfristig wirtschaftlich, er ist umweltverträglich und er schafft Arbeit.

3.5. Städtenwicklung im Sinne Aller. Wohnortnahe Versorgung sichern

Reußches-Gelände, Altes Schwimmbad, Bahnhof

Ziele einer fortschrittlichen Stadtentwicklung im Sinne der Menschen sind die Sicherung einer wohnortnahen Versorgung, die Reduzierung von Wegen und die Wahrung einer lebendigen Innenstadt.

Das zur Zeit ungenutzte Gelände der ehemaligen Maschinenfabrik Reuß muß wieder für die Stadt und Ihre Menschen nutzbar gemacht werden. Eine Entwicklung an diesem Standort darf jedoch nicht dazu führen, daß die restliche Innenstadt auszusterben droht. Das Gelände soll deshalb überwiegend zu Wohnzwecken genutzt werden. Es eignet sich hervorragend für sozialen Wohnungsbau.

Das Alte Schwimmbad wurde vor knapp 100 Jahren von Friedberger BürgerInnen unter der Bedingung der gemeinnützigen Verwendung gestiftet. Aufgrund des bürgerschaftlichen Engagements des Vereins Theater Altes Hallenbad gibt es nun eine sinnvolle Nutzung. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement des Vereins. Wir sprechen uns dafür aus, daß sich die Stadt Friedberg im Rahmen ihres Bildungsauftrags an der Sanierung und dem Betrieb des Kulturzentrums beteiligt. Im Gegenzug ist sicherzustellen, daß sich das kulturelle Angebot im alten Hallenbad insbesondere auch an finanzschwache Bevölkerungsschichten sowie Menschen mit Migrationshintergrund richtet.

Friedberg stellt einen wichtigen schienenverkehrstechnischen Knotenpunkt dar. Das Erscheinungsbild und das Angebot des Friedberger Bahnhofs wird dieser Tatsache nicht gerecht. Die Deutsche Bahn AG zeigt trotz geringfügiger Verbesserungen kein nachhaltiges Interesse an der Gestaltung eines kundenfreundlichen und attraktiven Ein- und Umsteigeplatzes. Um hier voranzukommen bedarf es innovativer Ideen, die etwas jenseits der eingetretenen Pfade liegen.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel mit Innenstadtrelevantem Sortiment oder Waren zur Sicherung des täglichen Bedarfs wie z.B. Lebensmittel lehnen wir außerhalb entwickelter und innenstadtnaher Standorte ab.
- Weitere Siedlungsentwicklung nur an verkehrlich gut erschlossenen Stellen mit Anbindung an den Bahnverkehr.
- Wir streben eine innenstadtverträgliche Entwicklung des Geländes der Maschinenfabrik Reuß an.

- Unterstützung des Vereins Altes Hallenbad e.V. beim Umbau des alten Hallenbads. Dabei wollen wir einen Kulturort für alle Menschen in Friedberg.
- Wir streben an, den Bahnhof von der deutschen Bahn-AG günstig aufzukaufen und als städtischen Eigenbetrieb zu führen. Von der Bahn ist dabei ein vom Passagieraufkommen abhängiges Nutzungsentgelt für die Bereitstellung eines attraktiven Ein- und Umsteigeplatzes zu erheben. Befindet sich der Bahnhof erst im Eigentum der Stadt Friedberg, können Probleme wie die Einrichtung sanitärer Anlagen konstruktiv angegangen werden. Bisher ist dies an mangelndem Interesse der Deutschen Bahn AG gescheitert. Verweigert sich die Bahn diesem Vorhaben sollte eine Enteignung gemäß Artikel 14, Absatz 3 des Grundgesetzes geprüft werden.
- Eine für Fahrräder und Rollstuhlfahrer geeignete Unter- bzw. Überquerung der Bahnlinie im Bereich des Bahnhofs.
- Wir fordern, dass die Stadt Friedberg Ausnahmegenehmigungen vom Ladenschlußgesetz auf maximal 3 Veranstaltungen im Jahr beschränkt. Im Falle einer solchen Ausnahme ist auf eine tarifgemäße Überstundenvergütung und Freizeitausgleich für die Mitarbeiter hinzuwirken.

3.6 Mobilität für alle BürgerInnen durch besseren ÖPNV

Verkehr ist in Deutschland für ein Fünftel des Treibhausgases CO₂ verantwortlich. Es ist der einzige Bereich, in dem der Ausstoß von Treibhausgasen steigt. Gemäß dem Motto „Global denken – lokal handeln“ sollte sich eine zukunftsfähige, kommunale Verkehrspolitik daher unter anderem stark an der Reduzierung der Treibhausgasemissionen orientieren.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Frage der Verfügbarkeit von Mobilität. Zur Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben ist Mobilität unabdingbar. Die Arbeitsstelle (sofern man eine hat), die Schule oder Hochschule, die Diskothek, das Kino, das Theater, die Geburtstagsfeier einer Freundin oder das Training des Volleyballvereins sind Orte, die in der Regel nicht fußläufig zu erreichen sind. Im Moment ist unsere Gesellschaft dabei gespalten in Menschen, die über ein Auto verfügen, und solche, die dies aus den unterschiedlichsten Gründen nicht tun (Geld, Alter, Krankheit, etc.). Erstere Gruppe hat mit dem Erreichen der genannten Orte in der Regel kein Problem, für zweite Gruppe gestaltet sich das zuweilen sehr schwierig. Ziel unserer Kommunalpolitik ist es, allen einen möglichst hohe Mobilität und somit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Die gegenwärtige Konzentration auf den Individualverkehr ist da kontraproduktiv und muss umgekehrt werden. Die Förderung öffentlichen Personenverkehrs steht – neben dem Rad- und Fußverkehr - im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik. Dabei sind wir trotz der Lage in einem Ballungsgebiet von einer auch nur ausreichenden Versorgung weit entfernt.

Friedberg ist mit 3 Bundesstraßen und mehreren Bahnlinien ein zentraler Verkehrsknotenpunkt in der Region. Dies steigert die Attraktivität für den Standort, geht aber auch zum Teil auch mit zusätzlichen Belastungen z.B. durch Lärm- und Schadstoffemissionen einher. Hier gilt: Verkehrsvermeidung ist langfristig günstiger und sinnvoller als Verlagerung der Emmissionsquellen (Emmissionen ist das, was ausgestoßen wird). Die durch eine Verlagerung des Verkehrs entstandenen Entlastungen reichen dagegen oft nur solange, bis die Siedlungen wieder an die neuen Straßen herangewachsen sind. Dann geht das ganze Spiel meist von vorne los...

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Ein integraler Fahrplan mit 15-Minuten-Takt für alle Linien (Bus und Bahn) tagsüber, mit Intervallen von 30 Minuten in den Abendstunden und 1 Stunde in den Nachtstunden (zwischen 12 und 6 Uhr) gewährt eine Grundmobilität für alle. Das Bus- und Bahnnetz sollte dabei so ausgebaut werden, dass die nächste Bushaltestelle in der Regel nicht weiter

als 500 m entfernt ist. Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, sollte dabei auf eine Fahrkostenerhebung verzichtet werden. Da der Finanzierungsanteil aus den Fahrkarten meistens unter 50 % der Gesamtkosten liegt, ist dies finanziell leistbar. Zur Gegenfinanzierung können Einsparungen durch den Verzicht auf die Fahrkostenerhebung (keine Automaten, keine Kontrolleure, etc.) sowie die Parkraumbewirtschaftung herangezogen werden. Auch auf Quersubventionierungen innerhalb der städtischen Eigenbetriebe kann zurückgegriffen werden.

- Schnellstmöglicher viergleisiger Ausbau der Main-Weser-Line zwischen Frankfurt und Friedberg. Damit verbunden die Einführung eines 15 Minuten-Taktes der S6 bis nach Friedberg.
- Unterstützung des Auf- und Ausbaus von Car-Sharing-Stützpunkten in Friedberg
- Eine zukunftsfähige Stadt- und Verkehrsplanung, die Wege reduziert und Entwicklungen dort fördert, wo ein attraktives ÖPNV-Angebot besteht.
- Ein Nachtfahrverbot für LKW in allen Friedberger Ortsdurchfahrten, auch auf der Friedberger Kaiserstraße.
- Jeder Straßenneubau in Friedberg ist kritisch zu prüfen. Allgemein gilt dabei der Grundsatz: Verkehr vermeiden ist besser als Verkehr verlagern.
- Schnellstmögliche Lückenschließung im Friedberger Radwegenetz. Sofortiger Bau eines durchgängigen Radweges auf der Kaiserstraße.

3.8 Die Kaiserstraße - für einen lebendigen Stadtkern

Die Kaiserstrasse stellt als Einkaufs- und Marktzentrum einen zentralen Mittelpunkt städtischen Lebens dar. Gleichzeitig verbinden sich mit der Kaiserstrasse viele Probleme, die Ihre Entwicklung hemmen. Ihr Mißbrauch als Parkplatz senkt die Attraktivität unseres Zentrums für Fußgänger und führt zu einer enormen Belastung aufgrund des Parkplatzsuch- und Auf-rausfahren-warteverkehrs. Hier wollen wir eingreifen und den Fußgängern mehr Raum bieten. Der sog. Elvis-Presley Platz wird auch nach seiner Umgestaltung fast ausschließlich für kommerzielle Nutzungen zur Verfügung gestellt. Dies halten wir für nicht demokratisch. Wir wollen daß alle Friedberger von Ihm profitieren können.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Durch einen Wegfall der Parkplätze böte sich viel Gestaltungsraum auf der breiten Straße und die Möglichkeit in der Nähe der Burg einen zweiten Platz einzurichten. Bürgersteige mit 6-10 m Breite bieten eine Atmosphäre, die mit der von Fußgängerzonen vergleichbar ist. Kaufleute und Gastronomen würden von einer damit einhergehenden Steigerung der Frequenz profitieren. Der umgestaltete Elvis-Presley-Platz kann hier als Vorbild dienen.
- Desweiteren wollen wir den zentralen Elvis-Presley-Platz auch für nichtkommerzielle Nutzungen öffnen. Veranstaltungen örtlicher Vereine und Parteien sollen dort genauso stattfinden können wie kommerzielle Nutzungen.
- Durch ein Verbot der Entwicklung innenstadtrelevanter Sortimente in den Gewerbegebieten wollen wir den Einzelhandel auf der Kaiserstrasse stärken.
- Sperrung der Innenstadt für den durchfließenden LKW-Verkehr.

3.9. Das gemeinsame Oberzentrum: Friedberg vs Bad Nauheim

Bad Nauheim ist die Nachbarstadt Friedbergs mit direkt angrenzender Bebauung. Gemeinsam bilden Friedberg und Bad Nauheim einen Standort mit großen Entwicklungsmöglichkeiten und Potenzialen. Leider ist das Verhältnis auf politischer Ebene stark von Mißgunst und Mißtrauen

geprägt. Anstatt gemeinsame Ideen und Visionen zu entwickeln wird vielfach gegeneinander oder aneinander vorbei gearbeitet. Diese Situation schadet beiden Städten. Wir treten für eine intensivere Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt ein. Die gemeinsame Nutzung von Ressourcen kann zu kostensparenden Synergieeffekten führen und die Infrastruktur in beiden Städten stärken.

Für Folgendes setzt sich *Die Linke* ein:

- Eine gemeinsame Verkehrsplanung der Städte Friedberg und Bad Nauheim sowie regelmäßige Absprachen und Treffen auf politischer und fachlicher Ebene.
- Entwicklung eines gemeinsamen Stadtbussystems mit Bad Nauheim in Zusammenarbeit mit den lokalen Agenda-Gruppen.
- Im Rahmen der mittel- und langfristigen Planung sollte eine Zusammenzuführung kommunaler Einrichtungen wie Bauhof und Stadtwerke vorbereitet werden.